

P R O T O K O L L
der 361. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 17. Juni 2014
Zeit	19.30 – 21.50 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Martin Humm
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Annik (ab 20.15 Uhr), Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus (ab 20.15 Uhr), Brügger Yong, Burkhard Fabian, Fitze Wehrle Barbara, Friedli Rolf (bis 21.30 Uhr), Gossweiler-Ebneter Jsabelle, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Jordi Kevin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kneubühler Peter, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Marti Beat, Müller Frei Lisa, Näf-Piera Virtudes, Pulver-Schober Beatrice, Raaflaub-Minnig Ruth, Racine Raphael, Reimers Markus, Ritschard Daniel, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Muinde Gabriele, Sigrist Roman, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, Treier Hannes, Wegmüller Beat
Stimmenzählende	Kämpf Marcel, Pulver-Schober Beatrice
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Gubler-Geelhaar Patricia, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Corti Andrea, Damke Andreas, Kempf Stefan
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte	8
-----------	---

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 20. Mai 2014	252
2	Regionalkommission; Ersatzwahl	252
3	Finanzkommission; Ersatzwahl	253
4	Sportkommission; Ersatzwahl	253
5	Schulkommission; Änderung von Ziffer 6 des Anhangs zur Gemeindeordnung	253
6	Reglement über das Schulwesen und die Organisation der Volksschule (Schulreglement); 1. Lesung	255
7	Informationen des Gemeinderats	272
8	Neue parlamentarische Vorstösse	272

Der Vorsitzende eröffnet die 361. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 35 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die zahlreich erschienenen Zuhörer im Saal.

Er wolle zu Beginn der Sitzung auch heute wieder ein Wort der Weisheit weitergeben. In EVP-Manier habe er im Alten Testament geschaut, was zum Thema Schule passen würde. In Prediger 1, Vers 18, habe er etwas Passendes gefunden: "Wer viel lernt, der muss viel leiden".

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 20. Mai 2014

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Regionalkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den per 30. Juni 2014 zurücktretenden Hannes Treier schlage die FDP/jf-Fraktion Fabian Burkhard (jf), Holzapfelweg 9, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Fabian Burkhard wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Regionalkommission gewählt.

3 Finanzkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den mit sofortiger Wirkung zurückgetretenen Ulrich Sollberger schlage die SP Muri-Gümligen Rudolf Waber, Lindenweg 3, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Rudolf Waber wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

4 Sportkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den mit sofortiger Wirkung zurückgetretenen Ramak Wakil schlage die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen Ronald Dominik Buff, Sonnenweg 24 A, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Ronald Dominik Buff wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Sportkommission gewählt.

5 Schulkommission; Änderung von Ziffer 6 des Anhangs zur Gemeindeordnung

Jsabelle Gossweiler führt im Namen der GPK aus, dass der Ressortchef Bildung das Präsidium der Schulkommission übernehme, sei in der GPK unbestritten gewesen. Schon vor einem Jahr sei diese Änderung positiv andiskutiert, leider aber am Schluss abgelehnt worden. Der längst fällige Schritt mache Sinn und sei auch ein Signal gegen aussen – sprich für die Eltern –, da es mitunter sehr schwer erklärbar gewesen sei, dass der Ressortchef in seiner Kommission – sprich der Schulkommission – eigentlich gar nichts zu sagen gehabt habe. Die GPK beantrage dem Rat deshalb einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Stephan Lack erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, seine Ausführungen würden nicht sehr lang ausfallen. Wie Jsabelle Gossweiler schon gesagt habe, gehe es hier effektiv darum, den Anhang zur Gemeindeordnung sinngemäss anzupassen. Die Änderung müsse vom Grossen Gemeinderat beschlossen werden und unterliege dem fakultativen Referendum. Die Anpassung habe der Rat damals – im Oktober 2012, er sei seinerzeit noch Mitglied des Parlaments gewesen – nicht vorgenommen, da eine Mehrheit die Ansicht vertreten habe, man wolle die ganze Reorganisation der Schule sehen und mit einer Zustimmung deshalb noch zuwarten. In der Sache sei dieser Punkt aber nicht bestritten gewesen, was in den Vernehmlassungen auch entsprechend zum Ausdruck gekommen sei. Man könne sich noch fragen, weshalb die Behandlung dieses Geschäfts vor der 1. Lesung über das Schulreglement traktandiert worden sei. Ein Grund liege darin, dass der Anhang zur Gemeindeordnung hierarchisch mehr gewichte, als das Reglement. Es gebe aber auch einen inhaltlichen und pragmatischen Grund, da der Wechsel des Präsidiums in der Vernehmlassung unbestritten gewesen sei und er hoffe, dass dieses Traktandum etwas schneller behandelt werden könne, als das nachfolgende Traktandum 6. Die Anpassung, dass der Ressortchef Bildung gleichzeitig die Funktion als Schulkommissionspräsident übernehme, sei mehr oder weniger in allen Gemeinden, die das Schulreglement

bereits revidiert hätten, vollzogen worden. Dies mache Sinn; man werde nachfolgend in der Diskussion um das Schulreglement sehen, dass die Idee auch sei, die Schulleitungen und den Gemeinderat näher zusammenzubringen. Einerseits übernehme der geschäftsführende Schulleiter diesbezüglich eine Funktion und andererseits komme der Ressortchef etwas weiter hinunter und übernehme das Präsidium in der Schulkommission. Er werde sich eventuell später nochmals äussern.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende verweist auf den schriftlich vorliegenden Antrag der SP-Fraktion.

Beat Wegmüller führt aus, die SP-Fraktion stimme dem Antrag des Gemeinderats zu, obwohl die SP damit ein Kommissionspräsidium verliere. Die Fraktion sei auch damit einverstanden, dass die Änderung bereits auf den 1. August 2014 in Kraft trete. Es sei richtig, dass der Ressortchef Bildung ab dem 1. August dieses Jahres die Verantwortung für die Umsetzung der neuen Schulorganisation übernehmen müsse. Die SP bedaure allerdings, dass man die Gelegenheit nicht wahrgenommen habe, die Schulkommission in Bildungskommission umzubenennen, wie sie dies in der Vernehmlassung gefordert habe. Stephan Lack sei nämlich auch der Ressortchef Bildung. Man hätte aber das ganze Schulreglement umschreiben müssen, weshalb auf eine diesbezügliche Antragstellung verzichtet werde. Neu werde in den Unterlagen auch vom Bildungssekretariat gesprochen. Es werde im Übrigen erwartet, dass der Bereichsleiter Schulverwaltung – wie es im Anhang festgehalten sei – auch bis am 31. Juli 2015 an den Sitzungen der Schulkommission teilnehme und so die Verbindung zur Verwaltung sicherstelle. Die SP stelle den Antrag, dass bei den "untergeordneten Personen" die Lehrpersonen zu streichen seien. Dies mit folgender Begründung: Nur die direkt unterstellten Schulleitungen seien zu erwähnen. Wenn man die verschiedenen Anhänge zur Gemeindeordnung konsultiere, sei dies auch bei der Bau- und der Sozialkommission so. Würde man die Lehrpersonen aufführen, müssten konsequenterweise auch die Kindergärtnerinnen aufgeführt werden. Nach seinem Dafürhalten seien dies eben Kindergärtnerinnen und nicht unbedingt Lehrpersonen. Er bitte den Rat, dem Antrag der SP-Fraktion zu folgen. Im Jahr 2007 habe er übrigens eine Motion eingereicht, wonach die ständigen Kommissionen durch das zuständige Gemeinderatsmitglied präsiert werden sollten. Dies sei damals im Grossen Gemeinderat haushoch abgelehnt worden. Mit einer gewissen Genugtuung könne er heute feststellen, dass alles einfach ein wenig Zeit brauche; heute sei man so weit.

Thomas Hanke verweist auf die Tischvorlage seitens des Gemeinderats. Er danke der SP dafür, dass sie den Gemeinderat nochmals zu Gedankengängen animiert habe. Der Gemeinderat habe eben "unhierarchisch" zuerst das Schulreglement behandelt und nach abgeschlossener Diskussion und nach Endbereinigung des Schulreglements sei er zum Anhang zur Gemeindeordnung übergegangen. Dabei habe er dem Punkt der Subordination zu wenig Beachtung geschenkt. Es sei durchaus so, dass bei den anderen Kommissionen ein "Mischmasch" bezüglich "untergeordnete Organe" herrsche; teilweise seien sie ganz gestrichen worden, teilweise nicht. Da die Schulkommission Aufsichts- und Führungsfunktionen gegenüber den Schulleitungen, den Lehrpersonen und den Kindergärtnerinnen habe, – die nach seiner Auffassung ebenfalls Lehrpersonen seien, da ja der Kindergarten gemäss Volksschulgesetz integriert sei – und die Kompetenzen zwischen Schulkommission und Gemeinderat teilweise aufgeschlüsselt seien, mache der Gemeinderat dem Parlament beliebt, den Passus zu streichen und zu ersetzen mit "gemäss Schulreglement". Gleichzeitig stehe bei den Aufgaben auch "gemäss den gesetzlichen Vorschriften". Damit wäre die Problematik, ob die Kindergärtnerinnen zu nennen oder die Lehrpersonen zu nennen oder nicht zu nennen seien, vom Tisch. Das Schulreglement sei eigentlich das A und O darüber, welche Kompetenzen, welche Weisungsfunktionen usw. die

Schulkommission habe. Es sei klar, die Gemeindeordnung müsse so oder so einer Revision unterzogen werden und im Anhang seien eben die Aufgaben und die Subordinationsverhältnisse beschrieben. Kurzum: Der Gemeinderat beantrage bei den "untergeordneten Personen" deshalb, nicht – wie von der SP-Fraktion beantragt – "Lehrpersonen" zu streichen, sondern Schulleitungen und Lehrpersonen zu streichen und durch "gemäss Schulreglement" zu ersetzen.

Beat Wegmüller erklärt, in diesem Fall sei er bereit, den Antrag der SP-Fraktion zu Gunsten des Vorschlags des Gemeinderats zurückzuziehen.

Rolf Friedli (–) erklärt, er habe eine grundsätzliche Frage: Mit der Präsidiumsübernahme gebe es auch eine Verschiebung im Gemeinderat. Der Präsident der Kommission trage zwei Hüte. Ob angedacht sei, wie allfällige Konflikte im Bereich von Investitionen in Schulen zu lösen seien? Ob Überlegungen im Gemeinderat bzw. in der Schulkommission angestellt würden, wie solche Problemstellungen anzugehen und wie schlussendlich Entscheide des Gemeinderats entsprechend umzusetzen seien?

Stephan Lack führt aus, er sehe die Problematik nicht. Es sei klar – und dies sei auch bei anderen Kommissionspräsidien so –, dass der eine Hut des Ressortchefs Bildung derjenige des Schulkommissionspräsidenten sei. Dieser vertrete in der Sache, wenn Anträge aus der Schulkommission eingehen würden, zu 100 % die Schulkommission; sogar wenn er in der Schulkommission überstimmt worden sei. Dies sei ganz klar und diskussionslos. Mit dem müsse er umgehen können, dies sei bei den anderen Präsidien ebenfalls so. Dann gebe es natürlich noch Stephan Lack als Gemeinderat und in der Diskussion sei dies sicher ein wenig anders. Aber der Antrag aus der Schulkommission werde 1:1 vertreten. Er vertrete im Übrigen als Gemeinderat auch nicht immer seine eigene Meinung. Er müsse gegenüber dem Parlament zum Teil auch Sachen vertreten, bei welchen er im Gemeinderat vielleicht überstimmt worden sei. Er sei in diesem Bereich relativ gut geschult.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig [1 Enthaltung des Vorsitzenden])

1. Die Änderung von Ziffer 6 des Anhangs zur Gemeindeordnung vom 23. Mai 2000 wird erlassen. Sie tritt per 1. August 2014 in Kraft.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

6 Reglement über das Schulwesen und die Organisation der Volksschule (Schulreglement); 1. Lesung

Der Vorsitzende verweist auf die versandten Unterlagen sowie auf die aufliegenden Anträge der SP-Fraktion und der forum-Fraktion. Er stelle fest, dass die FDP/jf-Fraktion und die SVP-Fraktion keine schriftlichen Anträge eingereicht hätten.

Christian Spycher führt aus, die GPK habe sich anlässlich ihrer Sitzung durch den Gemeinderat orientieren lassen über die Vernehmlassungseingaben und über die Diskussion der 6 Eckpunkte. Die wesentlichen Punkte dieser Totalrevision seien aus Sicht der GPK die Folgenden: Der "Primus Inter Pares" werde auf Antrag der Schulkommission durch den Gemeinderat gewählt. Es würden drei Schulkreise mit drei Schulleitungen errichtet und die Co-Leitungen abgeschafft. Damit sei gegen aussen eine Person pro Schulkreis Ansprechperson. Die Diskussion um eine Spez.Sek. und um eine Basisstufe solle in einer nächsten Phase im Rahmen des Schulmodells geführt werden. Die Erziehungsdirektion werde in den nächsten zwei Jahren noch neue

Vorgaben vorlegen. Die GPK sei zum Schluss gelangt, dass der Gemeinderat dem GGR eine Planungserklärung zu den Fragen um Spez.Sek., Ganztagesmodell und Basisstufe (Schulmodell) abgeben und in der laufenden Legislatur einen Lösungsvorschlag unterbreiten sollte. In der Detaildebatte seien der GPK keine wesentlichen Punkte formeller Art massgebend aufgefallen, die im Sinne dieser Überprüfung erwähnt werden müssten. Bezüglich Zuständigkeiten und Pflichten lege die GPK dem Gemeinderat nahe, für die 2. Lesung ein Organigramm mit der neuen Struktur vorzulegen, so dass der Blick auf die Zuständigkeiten besser fassbar sei. Mit dem Gemeinderat, der Schulkommission, der Schulleitungskonferenz, der geschäftsführenden Schulleitung, der Lehrpersonen, der Verwaltung und der Mitwirkung der Eltern wären die Zuständigkeiten so etwas überblickbarer. Zur Koordination mit der Tagesschule (Art. 17): Die Tagesschulen müssten sich in der Volksschule integrieren. Der Informationsaustausch und die Koordination müssten spielen. Die GPK habe auch die Stellvertretungen (Art. 31) diskutiert; diese sollten aus ihrer Sicht durch die Schulkommission geregelt werden. Die Übergangsbestimmungen (Art. 41) würden überflüssig. Die 2. Lesung werde gemäss Gemeinderat an der August- oder September-Sitzung stattfinden. Die GPK habe die Totalrevision des Reglements geprüft und sei der Ansicht, dass sie genehmigungsfähig sei. Sie beantrage dem Grossen Gemeinderat, im Sinn des Antrags des Gemeinderats zu debattieren.

Stephan Lack führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, es sei wohl schon so, dass wir in der Feuerwehr, in der Ortsplanung und im Schulwesen nur Experten um uns herum hätten. Was die Schule betreffe, sei dies nicht weiter verwunderlich, seien wir doch alle mindestens 9 Jahre zur Schule gegangen. Er habe aber in den letzten Monaten manchmal das Gefühl gehabt, in unserer Gemeinde gebe es mehr Schulpexperten als Einwohner. In Kombination mit den 90 % der Eltern, die der Überzeugung seien, sie hätten ein hochbegabtes Kind, sei es relativ anspruchsvoll. "Was lange währt, wird endlich gut". Er hoffe natürlich, dass wir heute Abend ein gutes Stück vorankommen würden und für den Fall, dass die Geburtswehen heute Abend schon einsetzen sollten, habe er vorsorglich schon einmal eine Geburtszange mit Doppelfunktion mitgenommen. Damit könne man vielleicht dem Schulreglement etwas nachhelfen. Er wolle an dieser Stelle nicht extrem lang werden. Alle würden die Anamnese des Schulreglements kennen, die relativ weit zurückgehe, in die vorletzte oder letzte Legislatur. Er würde es toll finden, wenn man sich heute Abend finden könnte. Es gebe noch einige andere Sachen im Gemeinderat und im Parlament, wo man dringend neue Lösungen finden sollte. Wie er bereits mehrfach gesagt habe, rede man beim vorliegenden Reglement grundsätzlich nicht über das Schulmodell; Gegenstand sei die Schulorganisation. Dem Gemeinderat sei absolut klar, dass hier nicht das juristisch perfekte Werk vorliege, er sei relativ demokratisch vorgegangen. Man dürfe auch sagen, dass die Demokratie in unserer Gemeinde erfreulicherweise sehr gut spiele. Das Reglement sei bekanntlich in der Vernehmlassung gewesen und die vorliegende Fassung sei aus Sicht des Gemeinderats vernünftig und eine nachvollziehbare Synthese aus der Vielfalt der Einschätzungen aus Gemeinderat, Parteien, Schulkommission, Schulleitungen und z.T. des Lehrerkollegiums. Es liege in der Natur der Sache, dass keine Partei und keine Interessenvertreter heute Abend zu 100 % die optimale Lösung erreichen würden. Dies wäre utopisch für alle Teilnehmer; aber so sei eben die Politik, man strebe das Mögliche an. Er rufe daher schon zum Voraus alle Parteien auf, das Schulreglement in den noch verbleibenden, unklaren Punkten – wo Anträge vorliegend seien – zu bereinigen, die Entscheidungen demokratisch zu akzeptieren und das Schulreglement im Gesamten gutzuheissen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Rolf Friedli (–) erklärt, er habe vorab eine Verständnisfrage: Es sei überall von der 1. Lesung die Rede. Vorher sei nun von einem Beschluss über das Reglement gesprochen worden. Eine 1. Lesung impliziere eine 2. Ob er dies richtig verstehe, dass

heute die substantielle Bereinigung stattfinden und anlässlich der August-Sitzung über das Reglement Beschluss gefasst werde?

Der Vorsitzende führt aus, er versuche, die Frage korrekt zu beantworten und bitte ansonsten Thomas Hanke, ihn zu korrigieren. 1. Lesung bedeute, dass der Rat heute so weit beschliesse, wie er dies könne; d.h., wenn Anträge vorliegend seien, würden diese angenommen und über das ganze Reglement werde in 1. Lesung beschlossen. Dann gehe das Reglement zurück in die Verwaltung und bei jedem einzelnen Antrag, der heute genehmigt worden sei, werde geprüft, ob es irgendwelche Probleme mit anderen Reglementen oder Verordnungen geben könnte, die bereinigt werden müssten. Es sei aber auch möglich, dass heute keine Anträge gutgeheissen würden und über das Reglement schon heute Abend beschlossen werden könne. Ebenfalls eine Option wäre, dass der Rat nach 22.00 Uhr beschliesse, die Sitzung abzubrechen und die Diskussion über die verbleibenden Artikel im August weiterzuführen. Die 1. Lesung sei also eine etwas "gummige" Angelegenheit und man habe auch nicht sehr viel Erfahrung damit im Parlament. Es sei aber auch so, dass es anlässlich einer 2. Lesung möglich wäre, auf einzelne, heute bereits "durchgewunkene" Punkte zurückzukommen, wenn jemand der Ansicht wäre, es bedürfe diesbezüglich nochmals einer Diskussion.

Thomas Hanke bestätigt, dass die Ausführungen des Vorsitzenden zutreffend seien.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, weitere Wortmeldungen, anschliessend artikelweise Beratung. Über Änderungsanträge werde jeweils sofort abgestimmt.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Beat Schmitter führt aus, die FDP/jf-Fraktion stelle sich positiv zur Absicht des Gemeinderats, das Schulreglement zu revidieren und daraus ein modernes Führungsinstrument zu machen. In Schulfragen seien wir – wie heute schon jemand gesagt habe – allesamt Experten. Jeder habe seine eigenen Erfahrungen und Meinungen. Die FDP/jf-Fraktion sei der Ansicht, dass es richtig sei, im Schulreglement nur die organisatorischen Fragen zu regeln und diejenigen, welche die Leistungen der Schule betreffen würden – Basisstufe, Spez.Sek., Ganztages-schulmodell usw. –, später separat in einer zweiten Phase anzugehen. Für die Umsetzung des Schulreglements, das die Führungsstruktur der Schule beschreibe, sei nicht relevant, was für Klassen geführt würden oder welche Pädagogik angewandt werde, sondern es gehe nur um die Führung der Schule. Dementsprechend sollte versucht werden, das Reglement möglichst schlank zu halten und keine unnötigen Vorschriften zusätzlich aufzunehmen. Dies solle aber nicht heissen, dass die FDP/jf-Fraktion in einer weiteren Phase nicht bereit sei, auch zur Festlegung der Leistungen der Schule und – soweit dies das Parlament könne – zu pädagogischen Fragen Stellung zu nehmen und sich zu äussern.

Beat Marti führt aus, die forum-Fraktion bedanke sich für die umfangreichen Unterlagen der letzten Monate zum vorliegenden Schulreglement. Der Vorschlag des Gemeinderats enthalte die wichtigsten Forderungen und Hinweise der forum-Fraktion, die sie in der Vernehmlassung eingegeben habe. Er habe folgende Bemerkungen zum Eintreten auf dieses Geschäft: Das Schulreglement sei von Grund auf überarbeitet, der aktuellen Gesetzgebung angepasst und übersichtlicher geordnet worden. Das forum danke den Verfassenden für die ausgezeichnete Arbeit. Die Neustrukturierung der Leitung der Schule werde vom forum begrüsst. Damit seien wir auf dem richtigen Weg zur der vom forum geforderten "einheitlichen Schule Muri" (Motion

vom 25.10.2011). Die Integration der Leitung Tagesschule in die Leitungsorgane der Schulen in Muri-Gümligen unterstütze das forum. Die Tagesschule müsse sehr eng mit der Schule zusammenarbeiten können. Es handle sich um die gleichen Schülerinnen und Schüler und zum Teil auch um dieselben Räume, die auch die Schule in den Schularealen benutze. Die Schulen in der Gemeinde Muri hätten einen hohen Standard und würden einen guten Ruf geniessen. Die Aufarbeitung der Schulmodelle in unserer Gemeinde sei mit diesem Reglement leider nicht einmal im Ansatz gelungen. Auf die für das forum wichtigsten Punkte werde in der Detailberatung mit zwei Änderungsanträgen zurückgekommen: Weiterführung der Spez.Sek.-Klassen und separate Kindergartenleitung. Das Schulmodell der Gemeinde Muri stamme aus den 70er Jahren, ein Dinosaurier also. Möge der Rat den Mut aufbringen und in diesem Reglement die Grundlage für ein zeitgemäss geführtes, integriertes und durchlässiges Schulsystem schaffen.

Jürg Aebersold erklärt, die SVP-Fraktion sei grundsätzlich mit den Arbeiten zufrieden und danke denjenigen Personen herzlich, die im Hintergrund mitgeholfen hätten, das vorliegende Schulreglement zu erarbeiten. Er sei ebenfalls involviert gewesen und wisse, wie viel es gebraucht habe, bis es dazu gekommen sei. Die SVP-Fraktion stelle keine eigenen Anträge, sei aber gespannt auf die nachfolgenden Diskussionen im zweiten Teil. Fazit: Aufgrund der Bedeutung des Themas und des Umfangs sei die SVP mit dem gewählten Verfahren mit den 2 Lesungen einverstanden und unterstütze dieses.

Lisa Müller Frei führt aus, die SP-Fraktion schliesse sich dem Dank der Vorredner an. Auch sie wolle die grosse Arbeit, die geleistet worden sei, würdigen, insbesondere nun auch noch im letzten Schritt, wo auf die ausführlichen Vernehmlassungsbeiträge nochmals sehr genau eingegangen worden sei. Im daraus entstandenen Vorschlag sei zumindest die Inkonsistenz aus den Vorversionen weitgehend ausgeräumt worden. Trotzdem gebe es einige wenige Aspekte, welche die SP noch nicht als befriedigend gelöst erachte und nochmals ansprechen wolle. In der Detailberatung werde darauf eingegangen; es handle sich insbesondere um den Punkt der Stellvertretungen der Schulleitungen sowie um den Punkt der möglichst weitgehenden Integration der Tagesschule in die Schule. Offene Fragen, die sie in den Raum stellen wolle, gebe es zum Thema Schulmodelle. Es sei zu hören gewesen, dass diese ausgeklammert werden sollten. Ausklammern heisse, dass man überall dort, wo etwas Schulmodellrelevantes verankert sei, nichts sage. Alles, was bisher gewesen sei, stehe drin und alles, was nicht drin gewesen sei, stehe immer noch nicht drin. Im März 2014 habe der Gemeinderat im Zusammenhang mit der Motion forum-Fraktion betr. Schulangebot in der Gemeinde Muri-Gümligen gesagt, er werde im Rahmen der Vernehmlassung zumindest auf die Thematik der Integration der Oberstufe eingehen. Dafür habe nun die Zeit nicht gereicht, damit könne die SP leben und grundsätzlich auch damit, dass die Schulmodelle ausgeklammert würden. Aber sie wolle einfach, dass das Thema nicht auf die lange Bank geschoben werde. Es würden wirklich drei Themen anstehen, bei denen man die Diskussion vorantreiben müsste:

- Basisstufendiskussion (man könne hier zwar auf die ERZ warten, könnte sie aber auch selber einmal führen).
- Integration der Oberstufe.
- Spez.Sek.

Die SP-Fraktion könne leben mit dem Grundsatzentscheid, jetzt einmal einen Schritt vorwärts zu gehen und die Organisation zu nageln. Sie werde mit dem Schulreglement deshalb in der vorliegenden Form mitgehen. Die SP werde sich positiv äussern zu den Anträgen des forums, auch um den Druck aufrecht zu erhalten, dass auch bei diesen Schulmodellfragen ein Schritt vorwärts gemacht werde. Aus Sicht der SP sei es tatsächlich wichtig, dass man bezüglich Organisation – Reglemente würden ja zum Zug kommen, wenn es zu Konflikten komme, und nicht, wenn alles bestens

laufe – zu einem Reglement komme, das viel besser und konsistenter abgefasst worden sei, als die Vorgängerversion. In diesem Sinn sei sie jetzt selbstverständlich für das Eintreten und werde sich bei der Beratung der einzelnen Anträge wieder äussern.

Das Wort wird für weitere Wortmeldungen nicht verlangt.

Artikelweise Beratung

Art. 1

Keine Bemerkungen

Art. 2

Keine Bemerkungen

Art. 3

Keine Bemerkungen

Art. 4

Keine Bemerkungen

Art. 5

Keine Bemerkungen

Art. 6

Keine Bemerkungen

Art. 7

Keine Bemerkungen

Art. 8

Keine Bemerkungen

Art. 9

Keine Bemerkungen

Art. 10

Keine Bemerkungen

Art. 11

Keine Bemerkungen

Art. 12

Marcel Kämpf (forum) verweist auf den schriftlich vorliegenden Antrag. Diese Idee sei auch schon ein paar Jahre alt, das forum sei schon verschiedene Male damit gekommen und habe um Grundlagen gebeten, um darüber entscheiden zu können. Die FDP-Fraktion habe gesagt, es gehe hier nicht um ein Schulmodell; aber in Art. 12 gehe es eben um ein Schulmodell, auch wenn man dies vielleicht nicht gewollt hätte. Hier werde explizit erwähnt, dass man spezielle Sekundarschulklassen führe; es gehe also sehr wohl um ein Schulmodell. Das forum frage sich, ob man zuerst die Organisation und nachher das Modell oder zuerst das Modell und aufgrund dessen die Organisation machen sollte, es sei eine "Huhn und Ei"-Frage. Die Begründungen würden schriftlich vorliegen, sie seien auch in der Vernehmlassung bekannt gegeben worden und würden schon in der forum-Motion stehen. Es gebe sicher verschiedene Auffassungen und die Mitglieder des forums würden sich nicht als Spezialisten ansehen, sie seien selber ebenfalls zur Schule gegangen, wie auch ihre Kinder. Die

Begründungen würden von etwas weiter her kommen – zum Teil von den Schulleitungen aus der Gemeinde, zum Teil von der Schulkommission aus der Gemeinde – und sie hätten einfach keinen Niederschlag im Reglement gefunden. Das forum denke, die Spez.Sek. möge eine gute Sache sein, sie verhindere aber auch viel, wie z.B. durchlässige Schulmodelle oder die Klassengrößen würden limitiert. Das forum sei der Ansicht, spezielle Sekundarschulklassen wären eigentlich gedacht für dezentrale Schulorte, damit die Kinder für den gymnasialen Unterricht GU9 nicht nach Bern, Thun, Biel oder Langenthal geschickt werden müssten, sondern z.B. nach Aarberg, Burgdorf oder wo auch immer delegiert werden könnten. Der Kanton wolle dies nicht mehr. Man könne schon noch einmal 2-3 Jahre warten und hoffen, es würden dann Zahlen vorliegen. Wenn er denke, wie lange dies nur schon gedauert habe, bis das Schulreglement nun so vorliege; dies sei unsäglich. Diesen Stand habe man vor 2-3 Jahren auch schon gehabt. Bezüglich Spez.Sek. wolle man sich einfach nicht verträsten lassen, indem es heisse, man müsse dies noch prüfen, man komme dann damit, man verspreche es. Es liege eine Motion des forums aus dem Jahr 2011 vor, die noch immer unbeantwortet sei. Dies seien einige Rahmgedanken zum Thema. Man sollte nun vorwärts machen, die Fakten würden auf dem Tisch liegen, entweder man wolle eine Spez.Sek. oder nicht. In der Vernehmlassung sei mit ein paar Begründungen – die für das forum ausreichend gewesen seien – auch gesagt worden, man wolle keine Basisstufe. Man habe gesagt, man mache es einstweilen nicht, dies sei aber noch nicht endgültig. Genau so gut könne man bei der Spez.Sek. ja oder nein sagen; das forum sage nun eben nein.

Stephan Lack erklärt, er wolle zu den Ausführungen von Marcel Kämpf wie folgt Stellung nehmen: Er sei mit vielen Sachen, die Marcel Kämpf gesagt habe, einverstanden. Er weise aber darauf hin, dass der Gemeinderat nicht einen neuen Artikel für die Führung einer Spez.Sek. in das Schulreglement eingeflochten habe. Man habe den Artikel vom aktuellen Schulreglement übernommen und gar nichts daran geändert. Zur Aussage, durchlässige Schulmodelle seien nicht vereinbar mit der Spez.Sek. (er persönlich wolle aber nachher nicht in eine Detaildiskussion Spez.Sek. eintreten): Er habe am Schulmodell Manuel teilgenommen und kenne dieses; es werde zusammen mit dem Schulmodell Twann immer wieder genannt. Als das Schulmodell Manuel in den 70er und 80er Jahren unter Hans-Georg Egger zustande gekommen sei, habe man ein UG, eine Sekundarschule und eine Primarschulstufe im gleichen Jahrgang geführt. Die Durchlässigkeit sei möglich gewesen. Zu seiner Zeit habe es einer in einem Jahr von der Primarschule ins UG geschafft; dies sei also möglich gewesen. Er wolle dies nicht werten, er finde Durchlässigkeit etwas Gutes. Zum Warten auf das Schulreglement: Wir hätten ein Miliz-Parlament, weitgehend einen Miliz-Gemeinderat, seien nicht überdotiert; ein solches Reglement sei eine enorme Angelegenheit. Man habe sich Mühe gegeben, aber es dauere halt effektiv. Er glaube nicht, dass heute die fast fertige vorliegende Version besprochen werden könnte, wenn man alles hineingepackt hätte.

Nun noch einige allgemeine Ausführungen: Der Gemeinderat wolle selbstverständlich der Diskussion um das Schulmodell nicht ausweichen. Er wolle in dieser Legislatur – und dies nicht auf Druck des forums oder der SP oder von wem auch immer – die Diskussionen führen. Er wolle diese aber nicht partiell, sondern ganzheitlich führen. Er gebe zu Protokoll – dies könne nachher nachgelesen werden –, dass er beispielsweise die folgenden Fragen vertieft angehen und ihnen auf den Grund gehen wolle. Er wolle weiter gehen als das forum und die SP und zum Beispiel die Frage stellen – und überprüfen, was wir momentan hätten, es sei gesagt worden, es handle sich um einen Dinosaurier aus den 70er Jahren –, ob sich der Unterricht in den integrativen Klassen bewährt habe oder ob Spezialklassen der individuellen Förderung der Kinder dienlicher wären. Er sei nicht sicher, welche Antwort man darauf erhalten werde. Mit welcher Form der Vorbereitung auf die Mittelschule dem individuellen Wohl des Kindes am besten gedient sei? Hier werde es vermutlich zwei

Ansichten geben; Sek, Spez.Sek. und welches die Nachteile einer Spez.Sek. für die betroffenen Kinder seien. Die Fakten würden heute Abend nicht auf dem Tisch liegen. Man könne nun dem Gemeinderat den Vorwurf machen, dass er sie nicht beschafft habe. Tatsache sei, dass niemand die Fakten habe. Man müsse nämlich auch mit den Schülern, mit den Quarta-Lehrern, mit den Schulleitungen der Gymnasien sprechen; die wüssten wohl auch etwas zu sagen und vielleicht gebe es auch gewisse Statistiken. Nächster Fragenkomplex: Mit welcher Form der Vorbereitung auf die Berufslehre dem individuellen Wohl des Kindes am besten gedient sei? Wie sich Mehrjahrgangsklassen bewähren würden? Welches die Vor- und Nachteile einer Basisstufe seien? Wie die Begabten wirklich optimal gefördert werden könnten? Mit welchem Modell sich eine Durchlässigkeit – Real, Sek. oder wenn man die Spez.Sek. behalte bis und mit Spez.Sek. – realisieren lassen würde? Mit dem letzten Punkt renne er beim forum offene Türen ein: Ganztageschulen. Ob man dieses Thema auch noch hineinpacke, wolle er hier noch nicht sagen. Er sei persönlich sehr interessiert an einem Modell Ganztageschule und wäre auch dafür offen, wenn die Gemeinde Muri diesbezüglich vorausgehen und als Modellfall dienen würde. Eventuell würde man damit aber das Fuder überladen. Die Beantwortung dieser Fragenkomplexe erfordere eine tiefergehende Beurteilung der Lage und den Einbezug der Betroffenen. Die Führung einer Spez.Sek.-Klasse sei zurzeit ein Teil des aktuellen Schulmodells, daran sei nichts geändert worden, man habe es einfach so genommen, wie es sei. Die Basisstufe sei nicht aufgenommen worden; man habe es einfach so genommen, wie es sei, es gebe nämlich zurzeit keine.

Der Gemeinderat sehe in etwa folgenden Fahrplan: Verabschiedung Schulreglement in der 2. Lesung in der August- oder September-Sitzung. Anschliessend seien einige Anpassungen – Funktionendiagramm, Verordnungen – vorzunehmen, dafür bedürfe es einiger Folgezeit. Er gehe davon aus, dass man Anfang 2015 intensiv mit der Modelldiskussion beginnen könne. Man wolle dann die Auflage bereinigen, diesbezügliche Umfragen starten etc. bis ca. Mitte 2015. Er möchte sicher in der zweiten Phase der laufenden Legislatur dem Parlament diesbezüglich etwas vorlegen. Er habe ein persönliches Interesse daran und sehe dies nicht als Druck. Vielleicht gelange man zur Konklusion, dass das aktuelle Schulmodell das beste für Muri sei, aber dann habe man dies wenigstens einmal überprüft. Zusammenfassend wolle er sagen, dass der Gemeinderat keinen aktuellen Grund sehe, die Spez.Sek. jetzt mit einem Hüftschuss in einer Vorausaktion aus der ganzheitlichen Betrachtung hinauszuschliessen. Der Gemeinderat halte fest, dass diese Frage innerhalb einer detaillierten Überprüfung des Schulmodells in der zweiten Phase der laufenden Legislatur umfassend angegangen werde. Konsequenterweise spreche sich der Gemeinderat ganz klar dafür aus, den Antrag zu diesem Zeitpunkt abzulehnen.

Ruth Raaflaub (FDP) erklärt, auch wenn jetzt dann gerade der Eindruck entstehen könnte, Stephan Lack habe ihr gesagt, was sie sagen solle, sei dies nicht so. Sie habe ihr Votum selber verfasst. Die FDP/jf-Fraktion lehne zum jetzigen Zeitpunkt den Antrag des forums ab, und zwar explizit nicht aus inhaltlichen, sondern aus zeitpunkttechnischen Gründen. Es dürfe jetzt nicht darum gehen, über das Beibehalten oder das Abschaffen der Spez.Sek. zu entscheiden. Dies wäre unseriös und ein Schnellschuss, der so nicht abgegeben werden dürfe. Inhaltlich seien die Begründungen der forum-Fraktion für sie und sicher auch für viele andere durchaus nachvollziehbar. Darüber und über diverse differenziertere Lösungsmöglichkeiten müsse man seriös und mit genügend Zeit diskutieren können. Dazu brauche es auch fundierte Recherchen und Abklärungen, wie auch statistische Auswertungen und Rückmeldungen vor allem des Gymnasiums Kirchenfeld, wo die meisten Schülerinnen und Schüler aus unserer Gemeinde die Mittelschule besuchen würden. Da dies alles im Moment nicht zur Verfügung stehe, lehne die FDP/jf-Fraktion den Änderungsantrag des forums ab.

Beat Marti (forum) beantragt ein Timeout.

Der Vorsitzende verfügt einen Sitzungsunterbruch von 5 Minuten.

Beat Marti (forum) erklärt, nach nochmaliger reger Diskussion und den Voten des Ressortvertreters Bildung, welcher bis Mitte 2015 die ersten verbindlichen Informationen zum Themenkreis Schulmodell versprochen habe, nehme das forum den Gemeinderat beim Wort und erwarte, dass man 2015 wirklich eine klare Stellungnahme erhalte, wie sich der Gemeinderat zu diesem Themenkreis stelle. Das forum erwarte dannzumal auch die aus Kreisen der FDP/jf-Fraktion angedeutete Unterstützung, um das Ganze wirklich anzuschauen. In diesem Sinn ziehe die forum-Fraktion ihren vorliegenden Antrag zurück.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass unabhängig der schriftlich vorliegenden Anträge auch während der Sitzung mündlich Anträge gestellt werden könnten. Dies sei formell möglich, ob es empfehlenswert sei, bleibe dahingestellt. Er wolle die Ratsmitglieder einfach nicht in ihren demokratischen Rechten beschneiden.

Art. 13

Keine Bemerkungen

Art. 14

Keine Bemerkungen

Art. 15

Keine Bemerkungen

Art. 16

Keine Bemerkungen

Art. 17

Keine Bemerkungen

Art. 18

Keine Bemerkungen

Art. 19

Keine Bemerkungen

Art. 20

Keine Bemerkungen

Art. 21

Keine Bemerkungen

Art. 22

Keine Bemerkungen

Art. 23

Keine Bemerkungen

Art. 24

Keine Bemerkungen

Art. 25

Keine Bemerkungen

Art. 26

Keine Bemerkungen

Art. 27

Keine Bemerkungen

Art. 28

Keine Bemerkungen

Art. 29

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Anträge der forum-Fraktion und der SP-Fraktion mit 2 Varianten. Zuerst erfolge die Behandlung des Antrags der forum-Fraktion.

Marcel Kämpf erklärt, die forum-Fraktion sei der Meinung, dass man die spezielle Funktion der Kindergartenleitung aufheben sollte. Eigentlich gehe es um Art. 32; dieser habe aber sinngemäss Auswirkungen auf den vorliegenden Art. 29. Begründung: Das forum schliesse sich der Meinung des Gemeinderats nicht an, wonach es sich um eine spezielle Stufe handle, eine spezielle Betreuung nötig sei, sich spezielle Probleme stellen würden etc. und eine Integration deshalb nur so möglich sei. Man könnte auch bei der Mittelstufe, der Oberstufe, der Realschule oder der Spez.Sek. sagen, es sei etwas ganz anderes. Beat Wegmüller sage auch, er frage sich, ob die Kindergärtnerinnen Lehrpersonen seien, er finde dies typisch. Es würden auch Kindergartenstandorte aufgeführt; es handle sich um Schulstandorte, wo noch ein Kindergarten untergebracht sei. Dies zeige ein wenig auf, hier hätten wir den Kindergarten, dort die Schule und früher hätten wir noch eine Friedhofkommission gehabt; dies gehe für ihn ein wenig in dasselbe hinein. Es würden Kästchen gemacht und damit eine Integration verhindert. Wenn die Kindergartenstufe in die Volksschule integriert werde, gehöre sie auch in die Leitung der Volksschule. In den meisten Schulhäusern seien die Kindergärten integriert und es wäre auch nicht störend, wenn ein Kindergarten 100 m daneben liegen würde; dies habe mit Integration nicht so viel zu tun. Wenn zwei Schulleitungen zuständig seien für die Lehrpersonen und die Lehrkräfte der Kindergärten, so würden die heute schon bestehenden Probleme zementiert. Es komme zu Überschneidungen und Doppelspurigkeiten und integriere eben gerade nicht. Es handle sich nicht um eine Matrix, sondern um eine hierarchische Kurve von oben irgendwie quer durch nach unten und funktioniere eigentlich gar nicht. Daher sei die forum-Fraktion der Meinung, dass die Kindergartenleitung zu streichen sei, unter Gewährung einer angemessenen Übergangsfrist. Es stehe eine Person dahinter, die eine Stelle habe, man müsse ihr also etwas Zeit einräumen für die Umorganisation und das forum schlage eine Übergangsfrist von 2 Jahren vor. Danach sei die Kindergartenleitung in die Schulleitung zu integrieren.

Stephan Lack führt aus, der Gemeinderat sehe dies etwas anders. Es sei richtig, dass der Kindergarten mit der Schulreform 2012 ein Teil der Volksschule geworden sei. Nach Auffassung des Gemeinderats handle es sich aber immer noch um Kindergärteler, sie seien zum Teil knapp 4 Jahre alt. Der Gemeinderat halte an seiner Meinung fest, dass die Überführung der Kindergartenschüler in die Volksschule mit grosser Sorgfalt begleitet werden müsse. Ein Schulleiter bzw. sein Stellvertreter könne sich innerhalb der Gesamtführung seines Schulkreises nur zu einem kleineren Prozentsatz von dem, was er überhaupt mache, den Kindergartenanliegen widmen. Dies würde heissen, dass in Zukunft niemand mehr den Fokus voll und ganz auf die Anliegen der Kindergärtnerinnen richten könnte. Mit der jetzigen Lösung habe man eine Person, die ausschliesslich den Hut der Kindergärteler trage und die Anliegen

schulkreisübergreifend (Schule Muri) wahrnehmen könne. Überschneidungen und Doppelspurigkeiten könnten auftreten, sollten aber zukünftig im Rahmen der Schulleitungskonferenz, unter Leitung des geschäftsführenden Schulleiters, vermieden werden können. Gerade deshalb wolle man ja einen geschäftsführenden Schulleiter, damit diese Sachen entsprechend koordiniert werden könnten. Im Übrigen gebe es diesbezüglich auch kein Einsparpotenzial. Die zugeteilten Stellenprozente würden einfach den drei Schulkreisen zufallen. Der Gemeinderat empfehle aus den obgenannten Gründen, den vorliegenden Antrag der forum-Fraktion abzulehnen.

Der Vorsitzende schlägt vor, nun der SP-Fraktion für ihren Antrag das Wort zu erteilen.

Lisa Müller Frei erklärt namens der SP-Fraktion, die zwei Varianten würden in Abhängigkeit stehen zur anderen Entscheidung, die nun noch nicht gefällt worden sei. Die SP sei der Meinung, dass man die Tagesschulleitung vollständig integrieren sollte. Das vom Gemeinderat ausformulierte Antragsrecht sollte gestrichen werden. Es mache aus organisatorischer Sicht wenig Sinn, ein Antragsrecht zu verankern, wenn das Reglement generell keine Aussagen darüber mache, wie die Beschlussfassung in diesem Gremium stattfinden solle; so detailliert sei nämlich das Schulreglement nicht. Hier noch speziell über ein Antragsrecht der Tagesschulleitung zu reden, mache aus Sicht der SP keinen Sinn. Sie sei im Gegenteil der Meinung, dass heute die Tagesschulen an den Schulstandorten gut integriert seien, aus dieser Integration heraus aber auch Koordinationsbedarf bestehe und die Tagesschulleitung deshalb einfach als Mitglied der SLK bezeichnet werden sollte.

Stephan Lack führt an die Adresse von Lisa Müller aus, er glaube, dass die allgemeine Marschrichtung dieselbe sei. Der Gemeinderat wolle eine bestmögliche Integration der Tagesschule in die Volksschule. Er anerkenne aber gleichzeitig, dass die Tagesschule nicht im eigentlichen Sinn echt ein Teil der Volksschule sei, er sehe trotz allem eine gewisse Trennung. Dies widerspreche aber einer bestmöglichen Integrierung in das Schulwesen nicht; dies sei für ihn ganz klar. Im Vorschlag des Gemeinderats werde dies eher so gesehen – was im Übrigen nach seiner Erkenntnis auch der Mehrheit der Vernehmlassenden entspreche –, dass die Tagesschulleitung gar kein volles Mitglied sein könne; dies genau aus dem Grund, weil er eben die Trennung "de iure" sehe. Es sei eine Interpretationsfrage, die schon ganz oben auf kantonaler Stufe beim Volksschulgesetz beginne. Die dortige Formulierung sei schon etwas "gummig", aber doch innerhalb der Interpretation des Gemeinderates, dass die Tagesschule eben nicht im eigentlichen Sinn zur Volksschule gehöre. Die bestmögliche Lösung, die der Gemeinderat anbieten wolle und könne, sei die ständige Anwesenheit und ständige Teilnahme der Tagesschulleitung an den Sitzungen, mit Antragsrecht in ihren Belangen. So sehe es der Gemeinderat und er wolle deshalb an seiner Version festhalten und lehne aus diesem Grund beide Varianten des Antrags der SP-Fraktion ab.

Jsabelle Gossweiler erklärt, die FDP/jf-Fraktion lehne die beiden Anträge der forum- und der SP-Fraktion aus Überzeugung ab und unterstütze die vom Gemeinderat vorgeschlagene Formulierung des Artikels 29. Zuerst zum Kindergarten: Der Kindergarten gehöre bekanntlich zur Volksschule. Man könnte sagen, in diesem Fall brauche es wirklich nur noch eine Schulleitung. Die FDP sei aber der Meinung, dass im Kindergarten und in der Schule zwar dieselben Kinder seien, diese aber ganz unterschiedliche Bedürfnisse hätten. Die Herausforderung für die Lehrpersonen im Kindergarten und in der Schule seien zwei Paar Schuhe. Die unterschiedlichen Herausforderungen im schulischen Alltag seien nicht wertend zu verstehen, sondern der Unterschied im Lehr- und Lernverhalten des Prozesses sei einfach eine Tatsache. Dass es in unserer Gemeinde für den ganzen Kindergarten eine Person in Form einer Kindergartenleitung gebe, die für alle Kindergärten zuständig und nach

aussen für die Eltern als Ansprechperson fassbar sei, sei der FDP/jf-Fraktion sehr wichtig und sei ihr ein grosses Anliegen. Die Tagesschule sei hingegen ein ergänzendes Angebot, welches von der Volksschule angeboten werde, mit dem direkten Schulalltag aber eigentlich nicht viel zu tun habe. Deshalb sei die FDP/jf-Fraktion der Meinung, dass die Tagesschulleitung zwar zwecks Info und Austausch an den Sitzungen selbstverständlich teilnehmen solle – wie in Abs. 2 beschrieben –, aber nur mit Antragsrecht für diejenigen Belange, welche die Tagesschule direkt betreffen würden. Die FDP/jf-Fraktion empfehle dem Rat deshalb, Art. 29 wie vom Gemeinderat beschrieben anzunehmen.

Marcel Kämpf (forum) führt aus, vorher habe er eine Fraktionserklärung abgegeben, nun folge seine persönliche Meinung. Ob die Ratsmitglieder nicht einmal bei der Schule einen Schritt vorwärts machen möchten? Wenn sie die Tagesschulleitung nicht in die Schulleitungen integrieren wollten, sollten sie der Kindergartenleitung auch nur ein Antragsrecht zugestehen für die Belange des Kindergartens, die so ganz anders als die der Schule seien, wo anders gelehrt und anders behütet werde, wo die Eltern andere Ansprechpartner möchten. Es würde sich lohnen, wenn sich die Ratsmitglieder dies einmal überlegen würden.

Beat Wegmüller (SP) gibt Folgendes zu bedenken: Wenn man die Zusammensetzung der Schulleitungskonferenz anschau, könne die Tagesschulleitung praktisch in jedem Fall immer überstimmt werden. Sie habe nur eine Stimme und die Schulleitungen hätten die Mehrheit. Man möge also nicht so Angst vor Konflikten haben und die Lösung "nur Antragsrecht" wählen. Er appelliere an die Ratsmitglieder, einmal einen Schritt vorwärts zu machen. Bei der Spez.Sek. werde er dann wahrscheinlich auch nicht gemacht.

Beat Schmitter (FDP) beantragt ein Timeout.

Der Vorsitzende verfügt einen Sitzungsunterbruch von 5 Minuten.

Roman Sigrist (FDP) erklärt, er wolle zur Frage der Tagesschulleitung etwas vorgreifen und verweise auf Art. 30. Dort stehe nämlich, welches die Aufgaben und Befugnisse der Schulleitungskonferenz seien. Die Schulleitungskonferenz befasse sich 1. "mit allen die gesamte Volksschule betreffenden Fragen", 2. "koordiniert die Stellen- und Pensenplanung" und 3. "legt sie eine einheitliche Praxis bezüglich Schullaufbahnentscheide fest". Bei einer Betrachtung unter diesem Aspekt müsse man ganz klar sagen, dass eine Tagesschulleitung in all diesen Bereichen nichts zu sagen habe. Die Tagesschule sei ein schulergänzendes Angebot und habe sich nicht einzumischen in Bereiche, die in der Kompetenz der Schulleitungskonferenz liegen würden. Aufgrund dieser Überlegungen sei die FDP/jf-Fraktion nach wie vor dezidiert der Ansicht, dass der gemeinderätliche Vorschlag der richtige sei und sie werde diesen weiterhin unterstützen.

Abstimmung über den Antrag der forum-Fraktion

*Die SLK besteht aus der geschäftsführenden Schulleiterin oder dem geschäftsführenden Schulleiter, **und** den weiteren Schulleitungen ~~und der Leitung des Kindergartens.~~*

Beschluss

Der Antrag der forum-Fraktion wird mit 16 Ja- zu 20 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag der SP-Fraktion (Variante 1, [Wenn Kindergartenleitung im Grundsatz beibehalten wird])

Die SLK besteht aus der geschäftsführenden Schulleiterin oder dem geschäftsführenden Schulleiter, den weiteren Schulleitungen und der Kindergarten- und Tagesschulleitung.

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 14 Ja- zu 22 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Art. 30

Lisa Müller Frei erklärt zum vorliegenden Antrag der SP-Fraktion, sie habe keine inhaltliche Argumentation, sondern nur eine, die dem Ressortleiter Bildung inskünftig eine Zeitersparnis bringe, indem er in lokalen Reglementen nicht redundante Sachen abbilden müsse, die im übergeordneten Gesetz schon geregelt seien.

Stephan Lack führt aus, der Antrag der SP sei sachlich sicher nicht falsch. Dem Gemeinderat sei die Direktionsverordnung über die Beurteilung und Schullaufbahnentscheide in der Volksschule (DVBS) vom 1. August 2013 ebenfalls bekannt. Dem Gemeinderat sei auch bewusst, dass man Abs. 3 und 4 als Redundanz auslegen könne. Trotzdem halte der Gemeinderat an der ursprünglichen Version fest. Es gebe einen Grund, dass er diese Redundanz in Kauf nehme: Es habe sich dabei genau um einen wunden Punkt in der GPK gehandelt und es habe diesbezüglich deutliche Kritik gegeben. Mit der expliziten Erwähnung solle nochmals unterstrichen werden, dass in unserer Gemeinde in diesen Belangen eine Einheitlichkeit angestrebt werde. Es solle durchaus auch ein Steilpass für den geschäftsführenden Schulleiter sein, der dort mithelfen und steuern müsse, dass dies innerhalb der Schulleitungskonferenz auch angestrebt werde. Mit dieser Redundanz werde versucht, der Kritik der GPK in diesem Punkt etwas entgegenzukommen. Deshalb halte der Gemeinderat an der vorliegenden Originalversion fest.

Jsabelle Gossweiler (FDP) erklärt, sie trage hier auch 2 Hüte, nämlich als Fraktions- und als GPK-Mitglied. Die FDP/jf-Fraktion lehne den Änderungsantrag der SP-Fraktion klar ab. Das übergeordnete Recht sei allen bekannt. Der Änderungsantrag habe die FDP dennoch erstaunt. Im letzten Jahr sei die Schule das Thema der Verwaltungskontrolle der GPK gewesen. Ein Punkt sei damals von der GPK bemängelt worden, und zwar derjenige, dass in den drei Schulkreisen – für die Eltern unverständlich – nicht die gleiche einheitliche Praxis bezüglich Schullaufbahnentscheid angewandt werde. Der Gemeinderat habe seine Aufgaben wie von der GPK verlangt gemacht und genau diese wichtigen Anliegen – nämlich, dass Transparenz und somit das Vertrauen bei den Eltern geschaffen würden – im Artikel 30 eingebracht. Aus diesem Grund unterstütze die FDP/jf-Fraktion die vom Gemeinderat vorgeschlagene Fassung.

Marcel Kämpf (forum) führt an die Adresse von Stephan Lack aus, es gebe noch einen zweiten Punkt, weshalb der Gemeinderat für die Belassung der beiden Absätze sei. Es gebe eine nicht beantwortete Motion des forums aus dem Jahr 2011, in welcher die beiden Punkte quasi wortwörtlich so erscheinen würden. Man habe Auskunft verlangt über die von den Schulleitungen gehandhabte Praxis. Auch von Elternorganisationen seien dem forum Erfahrungen herangetragen worden. Damit wäre ein Teil der noch hängigen Motion schon beantwortet.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, die FDP habe gesagt, sie wolle ein möglichst schlankes Reglement, sei nun aber auch nicht dafür, etwas herauszustreichen. Er habe die Direktionsverordnung bei sich; sie umfasse 13 Seiten und alles sei in allen Details geregelt. Er frage sich, ob man auf Stufe Gemeinde Bestimmungen oder eine Verordnung machen wolle, die vielleicht 14 Seiten umfasse. Wenn der Kanton in einem 13-seitigen Dokument ausführlich die ganze Frage geregelt habe, begreife er nicht, weshalb dies in unserem Reglement noch speziell aufgenommen werden müsse. Er bitte den Rat, zu berücksichtigen, dass die Direktionsverordnung dies umfassend kläre und beantrage, die beiden Absätze zu streichen.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, er müsse nun doch noch eine Bemerkung machen zu etwas, was er persönlich erlebt habe. Er habe diese Direktionsverordnung auch schon gelesen und sie auch gebraucht. Dies habe aber nichts genützt, als er in dieser Gemeinde etwas gemacht habe, was gewisse Schulleitungen nicht gewollt hätten. So habe er am Schluss Beschwerde machen müssen, die er eigentlich für völlig unnötig gehalten habe, da eigentlich alles in der Verordnung stehe. Deshalb sei er sehr froh, dass dies nun hier ins Schulreglement aufgenommen werde, damit auch die Schulleitungen in Muri-Gümligen hoffentlich merken würden, was gelte und was gemeint sei.

Beat Schmitter (FDP) erklärt, Beat Wegmüller habe ihn wegen der schlanken Verordnung angesprochen. Man sei sich wohl einig, dass nicht ein 15-seitiges neues Dokument für die Gemeinde geschaffen werden müsse. Aber jeder, der schon einmal mit einer Verordnung gearbeitet habe, wisse, dass in einer Verordnung relativ grosser Ermessensspielraum vorhanden sei. Damit man die verschiedenen Meinungen dann wieder bündeln könne, habe man Juristen. Es erscheine ihm wichtig, dass man zumindest innerhalb der Gemeinde probiere, den Ermessensspielraum – den einem die Verordnung Gott sei Dank lasse, da es sonst ein 200-seitiges Dokument wäre, wenn man jeden Fall abbilden wollte – so zu koordinieren, dass an jedem Schulstandort gleich beurteilt und entschieden werde. Dies sei man den Eltern und den Schülern schuldig. Dies sei der Grund, weshalb die FDP/jf-Fraktion an den beiden Absätzen festhalte.

Abstimmung über den Antrag der SP-Fraktion

Absatz 3 und 4 seien ersatzlos zu streichen

³ ~~Die SLK legt eine einheitliche Praxis bezüglich Schullaufbahnentscheide fest.~~

⁴ ~~Die SLK schafft die Grundlagen für die Einheitlichkeit der Schullaufbahnentscheide und des Benotungssystems.~~

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 11 Ja- zu 25 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Art. 30 Abs. 4

Beat Wegmüller (SP) führt aus, er habe spontan noch einen Antrag zu Artikel 30, denn darin befinde sich noch ein Dinosaurier. In Abs. 4 heisse es, "Die SLK schafft die Grundlagen für die Einheitlichkeit der Schullaufbahnentscheide und des Benotungssystems". Benotungssystem sei ein Dinosaurier, weshalb er den Antrag stelle, den Begriff in *Beurteilungssystem* abzuändern.

Stephan Lack erklärt, man habe in Muri-Gümligen eben ein Notensystem und es sollte hier nicht eine Tür dafür geöffnet werden, beispielsweise die Noten abzuschaffen. Wenn er Beat Wegmüller richtig verstehe, wolle er einfach eine allgemeinere Fassung.

Beat Wegmüller (SP) entgegnet, "Benotungssystem" sei in "Beurteilungssystem" enthalten; "Beurteilungssystem" sei umfassender.

Stephan Lack erklärt, der Gemeinderat akzeptiere dies im Sinn und Geist der Argumentation von Beat Wegmüller.

Abstimmung über den Antrag der SP-Fraktion

Neuer Wortlaut von Art. 30 Abs. 4: "Die SLK schafft die Grundlagen für die Einheitlichkeit der Schullaufbahnentscheide und des Beurteilungssystems".

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 31 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Art. 31

Beat Wegmüller führt zum vorliegenden Antrag der SP-Fraktion aus, die SP habe festgestellt, dass für die geschäftsführende Schulleitung keine Stellvertretungsregelung bestehe und sie sei der Ansicht, dass es eine permanente Stellvertretung brauche. Es könne der Fall eintreten, dass jemand ausfalle; es sei in der Vergangenheit auch vorgekommen, dass jemand über längere Zeit ausgefallen sei. Die SP sei der Meinung, es müsse von Anfang an geregelt sein, wer die Stellvertretung übernehme. Deshalb beantrage sie, als Abs. 5 einzufügen: "Der Gemeinderat ernennt für die geschäftsführende Schulleiterin oder den geschäftsführenden Schulleiter eine permanente Stellvertretung". Damit wäre die Stellvertretung wirklich sichergestellt.

Stephan Lack entgegnet, inhaltlich sei er 100 %-ig einverstanden. Der Gemeinderat sei der Meinung – und habe dies in einem Satz formuliert –, dass die Stellvertretungsregelung der Schulkommission übertragen werden sollte. Der Gemeinderat möchte sich auf dieser Stufe nicht einmischen und er habe das Vertrauen, dass die Schulkommission dies in dem Sinn machen werde, wie von Beat Wegmüller formuliert.

Thomas Hanke erklärt, die SP habe hier die Schulkommission aus dem Rennen genommen. Der Gemeinderat ernenne auf Antrag der Schulkommission den geschäftsführenden Schulleiter und beim Stellvertreter müsste er dann die Schulkommission nicht anhören. Man müsste hier also ergänzend festhalten: "Der Gemeinderat ernennt für die geschäftsführende Schulleiterin oder den geschäftsführenden Schulleiter auf Antrag der Schulkommission eine Stellvertretung" Er habe sich gefragt, wo in einem Reglement der Unterschied zwischen "permanente Stellvertretung" und "Stellvertretung" liege. Wenn im Reglement stehe, der Gemeinderat habe sie zu ernennen, dann habe er sie zu ernennen und "permanent" brauche es nicht. Wenn der SP-Antrag angenommen werden sollte, müsste der neue Abs. 5 demnach wie folgt lauten: "Der Gemeinderat ernennt für die geschäftsführende Schulleiterin oder den geschäftsführenden Schulleiter auf Antrag der Schulkommission eine Stellvertretung". Er mache dem Rat diese Formulierung beliebt.

Beat Wegmüller (SP) führt aus, er sei mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) schlägt vor, die Stellvertretung in Absatz 2 zu integrieren und wie folgt zu formulieren: "Der geschäftsführende Schulleiter oder die geschäftsführende Schulleiterin sowie dessen oder deren Stellvertretung werden auf

Antrag der Schulkommission durch den Gemeinderat gewählt". Damit liesse sich ein zusätzlicher Absatz und die Wiederholung von gleichen Formulierungen in zwei Absätzen vermeiden.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er sei im Moment noch für die Version des Gemeinderats.

Thomas Hanke führt aus, er zeige vom Aufbau her wenig Begeisterung für diesen Antrag. Die Stellvertretungen seien im nächsten Artikel ebenfalls in einem eigenen Absatz geregelt. Daher sei es für ihn logischer, wenn sie in diesem Artikel auch separat geregelt würden.

Auf Frage des Vorsitzenden erklärt Gabriele Siegenthaler Muinde (forum), sie ziehe hiermit ihren Antrag zurück.

Abstimmung über den ergänzten Antrag der SP-Fraktion

Neuer Absatz 5: "Der Gemeinderat ernennt für die geschäftsführende Schulleiterin oder den geschäftsführenden Schulleiter auf Antrag der Schulkommission eine Stellvertretung".

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 18 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 32

Marcel Kämpf erklärt, der Antrag der forum-Fraktion zum Art. 32 sei schon beim Art. 29 zurückgezogen worden.

Beat Wegmüller führt aus, die SP-Fraktion sei der Meinung, dass man auch bei den Schulleitungen ganz klar sagen müsse, wie die Stellvertretung aussehe. Der Vorschlag des Gemeinderats ("Die Schulkommission regelt die Stellvertretungen") bedeute kein zwingender Auftrag, dass die Schulkommission wirklich Stellvertretungen ernennen oder wählen müsse. Deshalb sei die SP der Meinung, dass die Stellvertretung – wenn "permanent" ein Reizwort sei, könne man dieses auch weglassen – geregelt sein müsse, und zwar nicht so, dass man sich gegenseitig vertrete, sondern aus dem Schulkreis heraus. Dies solle nicht heissen, dass man durch ein "Hintertürli" Co-Leitungen einführen wolle, aber es müsse sichergestellt sein, dass die Schulleitungen auch eine Stellvertretung hätten.

Stephan Lack erklärt, während die Regelung für den geschäftsführenden Schulleiter seine Sympathie gefunden habe, halte er hier ganz klar am Vorschlag des Gemeinderats fest. Der Gemeinderat wolle dies an die Schulkommission delegieren. Das Vertrauen sei vorhanden, dass die Schulkommission dies richtig mache; er kenne auch deren Präsidenten sehr gut.

Thomas Hanke weist darauf hin, dass die Formulierung von Absatz 2 – man habe hier vergessen, die weibliche oder männliche Formulierung anzuwenden – korrekt lauten müsse: "Die Kindergärten werden von einer standortübergreifenden Leiterin oder *einem standortübergreifenden* Leiter Kindergarten geführt".

Gegen die Ergänzung erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmung über den Antrag der SP-Fraktion

Neuformulierung Absatz 3: "Die Schulkommission wählt für jede Schulleiterin oder für jeden Schulleiter eine permanente Stellvertretung aus dem Schulkreis."

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 8 Ja- zu 27 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt fest, es seien nur noch 36 Ratsmitglieder anwesend, nachdem Rolf Friedli die Sitzung verlassen habe.

Art. 33

Keine Bemerkungen

Art. 34

Keine Bemerkungen

Art. 35

Keine Bemerkungen

Art. 36

Keine Bemerkungen

Art. 37

Keine Bemerkungen

Art. 38

Keine Bemerkungen

Art. 39

Keine Bemerkungen

Art. 40

Keine Bemerkungen

Art. 41

Der Vorsitzende erklärt, er gehe davon aus, dass der Antrag der forum-Fraktion logischerweise zurückgezogen werde, was von Marcel Kämpf bestätigt wird.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Christian Spycher als auch Stephan Lack verzichten auf ein Schlusswort.

Auf Frage des Vorsitzenden nach Rückkommensanträgen erklärt Beat Wegmüller (SP), es müsse nun wirklich geklärt werden, ob es eine 2. Lesung geben werde. Wenn man den Beschlussesentwurf anschauere, werde das Reglement heute verabschiedet; dort stehe nichts von einer 2. Lesung. Gebe es eine 2. Lesung, müsse der Beschlussesentwurf abgeändert werden in "zu Händen der 2. Lesung". Oder der Rat stimme heute definitiv über das Reglement ab. Die Frage müsse jetzt geklärt werden.

Thomas Hanke führt aus, in der Vernehmlassung sei zugesichert worden, dass der Gemeinderat aufgrund der zeitlichen Verhältnisse und der Überlegungen und eventuellen Folgerungen durchaus bereit und gewillt sei, das Reglement in eine

2. Lesung zu bringen und so sei das Geschäft aufgearbeitet worden. Er stelle nun aber fest, dass in Art. 30 Abs. 4 "Benotungssystem" durch "Beurteilungssystem" ersetzt und in Art. 31 Abs. 5 die Stellvertretungsregelung ergänzt worden seien und ansonsten die einzelnen Artikel wie vom Gemeinderat vorgeschlagen genehmigt worden seien. Er sei deshalb der Meinung, der Rat könnte heute über das Reglement abstimmen, wenn er dies möchte. Der Gemeinderat sei aber gewillt, das Reglement in einer zweiten Fassung, unter Berücksichtigung der beiden beschlossenen Änderungen, noch einmal vorzulegen. Der Rat könnte dann – sofern keine artikelweise Behandlung verlangt werde – eine "in globo"-Abstimmung vornehmen. Der Gemeinderat habe sich – wenn der Rat in eine 2. Lesung gehen wolle – die Antragsformulierung "... wird zu Händen der 2. Lesung verabschiedet" überlegt; wenn der Rat aber angesichts der heutigen Erkenntnisse bereit sei, auf eine 2. Lesung zu verzichten, würde ein entsprechender Beschlussesentwurf vorliegen.

Christian Spycher führt aus, aus Sicht der GPK sei er ganz klar der Meinung, dass eine 2. Lesung angekündigt worden sei und es formell – aufgrund gewisser Abwesenheiten – nicht ganz korrekt wäre, wenn der Rat nun abstimmen würde. Er überlasse den diesbezüglichen Entscheid aber dem Rat.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er stelle den Ordnungsantrag, auf eine 2. Lesung zu verzichten und dann könne das Parlament jetzt entscheiden, statt lange hin und her zu diskutieren. Sein Antrag laute also, auf eine 2. Lesung zu verzichten und dann könne der Rat zum Beschlussesentwurf gelangen.

Abstimmung über den Antrag von Beat Wegmüller (SP)
Auf eine 2. Lesung sei zu verzichten.

Beschluss

Der Antrag von Beat Wegmüller (SP) wird mit 30 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Roman Sigrist (FDP) erklärt, bevor der Rat zur Abstimmung schreite, wolle er die Frage in den Raum stellen bzw. an den Gemeinderat richten, ob am Inkrafttreten 1. August 2015 festgehalten werde oder ob man dies noch einmal überprüfe, nachdem man nun voraussichtlich früher als geplant und vor allem vor dem 1. August 2015 fertig werde.

Stephan Lack entgegnet, der Gemeinderat habe sich dies ebenfalls überlegt, auch wenn er nicht damit gerechnet habe, dass heute abgestimmt werde. Er halte aber weiterhin am 1. August 2015 fest. Dies habe mit dem ganzen Suchprozess des geschäftsführenden Schulleiters zu tun und auch, dass gewisse Verordnungen und Funktionendiagramme in aller Ruhe angepasst werden könnten, damit ein stimmiges Reglement mit allen "Rattenschwänzen" vorliege. Er schlage vor, dass dem Gemeinderat und allen Personen, die daran arbeiten würden, die nötige Zeit gegeben werden sollte.

Beschluss (34 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltung)

Die Totalrevision des Reglements über das Schulwesen und die Organisation der Volksschule (Schulreglement) wird genehmigt und per 1. August 2015 in Kraft gesetzt.

7 Informationen des Gemeinderats

Gesundheit

Martin Häusermann informiert über die Fachstelle Gesundheitsförderung. Seinerzeit sei ein 3-jähriger Pilotbetrieb über die Jahre 2012 - 2014 beschlossen worden i.S. "Gesundheitsförderung und Prävention". Daraus entstanden sei eine befristete Leistungsvereinbarung mit der Spitex. Die Auswertung des Pilotbetriebs liege vor und sei vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen worden. Die Angebote und die Veranstaltungen seien rege genutzt worden. Die Schwerpunktthemen des Angebots seien gewesen:

- Aktivierung (soziale Kontakte, Bewegung) für ältere Menschen
 - Wissensvermittlungen (er verweise auf die Inserate in den LoNa über Fachpodien)
 - Vergissmeinnicht (Geburtstagsgratulationen an Menschen mit Alter 85, 90 und ff)
- Fast zeitgleich sei durch den Gemeinderat im März das Altersleitbild verabschiedet und in Kraft gesetzt worden und der Ressortvorsteher Gesundheit, Soziales habe auf April geändert und das Ressort sei neu besetzt worden.

Der Gemeinderat habe folgenden Beschluss gefasst: Nach einer Vorberatung durch die Sozialkommission werde für die Jahre 2015 und 2016 ein neuer Pilotbetrieb aufgesetzt mit dem vorläufigen Arbeitstitel "Altersarbeit". Man möchte Leistungen, die die Spitex erbringe, konkret auf ältere Mitmenschen fokussieren und Erfahrungen aus dem ablaufenden Projekt und die neuen Erkenntnisse aus dem Altersleitbild dort einbringen. Gleichzeitig wolle man das Angebot verschärfen und punktuell anpassen, d.h. der nächste Schritt werde sein, zusammen mit der Spitex das Angebot auszuarbeiten und in der neuen Vereinbarung abzubilden. Der Gemeinderat habe gleichzeitig einen Nachkredit über CHF 82'000.00 für das Jahr 2014 beschlossen. Dieser Nachkredit sei deshalb notwendig geworden, weil bis 2013 der Kanton diese Leistungen finanziert, sich dann aber zurückgezogen habe und die Leistungen neu durch die Gemeinde finanziert werden müssten. Über eine definitive Einführung dieses Angebots werde nach einer professionellen Auswertung im Verlauf des Jahres 2016 entschieden.

8 Neue parlamentarische Vorstösse

Interpellation Wegmüller (SP) betreffend Verunstaltung (Sprayereien) in der Unterführung Melchenbühl

In letzter Zeit ist die Personen-Unterführung bei der RBS Haltestelle Melchenbühl massiv versprayed worden. Die ehemaligen Schaufenster sowie die Wände der Unterführung, welche Schülerinnen und Schüler, Kunstschaffende und Fachpersonen gestaltet und verschönert haben, sind kaum noch zu erkennen.

Ich diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Vorkehrungen und Massnahmen unternimmt der Gemeinderat, um in Zukunft solche Sprayereien möglichst zu verhindern und zu beseitigen?
2. Was unternimmt der Gemeinderat, um die Unterführung Melchenbühl wieder in einen ansprechenden und sauberen Zustand zu versetzen?

3. Ist der Gemeinderat bereit - eine durch die gesetzlichen Grundlagen ermöglichte Videoüberwachung - in der Unterführung Melchenbühl zu prüfen?

Gümligen, 17. Juni 2014

B. Wegmüller



Interpellation Fraktion FDP.DieLiberalen / Jungfreisinn

Vereinbarkeit des Amtes eines Gemeinderats mit demjenigen eines Parteipräsidenten

Der Gemeinderat wird gebeten, Stellung zu den folgenden Fragen zu nehmen:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die Vereinbarkeit des Amtes eines Parteipräsidenten mit dem Mandat eines Gemeinderats (Exekutive)?
2. Will der Gemeinderat im vorliegenden Fall weiter vorgehen, falls ja, wie sieht das Vorgehen aus?
3. Erscheint es dem Gemeinderat sinnvoll und rechtlich machbar, gegebenenfalls eine entsprechende rechtlich bindende Vorschrift zu erlassen?

Begründung

Die Fraktion FDP.DieLiberalen / Jungfreisinnige hat der Presse entnommen, dass der Vertreter des Forums im Gemeinderat als Parteipräsident gewählt wurde. Wir betrachten eine solche Personalunion als problematisch, es können sich aus unserer Sicht sehr rasch schwierige und schwerwiegende Interessenskonflikte ergeben, welche vor allem auch die Arbeit des Gemeinderats als Gremium beeinträchtigen können.

In der Vergangenheit galt in der Gemeinde die von allen Parteien befolgte Usanz, dass ein Parteipräsident bei seiner Wahl in den Gemeinderat sein Präsidentenamt abgab. Verschiedene aktive Gemeinderäte haben dies so getan.

Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat in der Sache aktiv werden sollte.

17. Juni 2014

Für die FDP/JF-Fraktion
Beat Schmitter

F. Burkhard, Ch. Grubwinkler, M. Kästli, M. Reimers, R. Raaflaub, J. Gossweiler, R. Sigrist, H. Treier, M. Gubler, E. Mallepell, D. Arn, A. Bärtschi, L. Müller Frei, B. Fitze Wehrle, V. Näf (16)

Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf den Parlamentsausflug vom Dienstag, 24. Juni 2014. Gemeindegemeinschafterin Karin Pulfer habe heute die säumigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit einem "Reminder" bedient. Er bitte seinerseits darum, sich an- oder abzumelden.

Er komme hier noch zur Verabschiedung eines alt bewährten Vertreters der FDP, der schon seit längerer Zeit im GGR und heute zum letzten Mal dabei sei. Er erteile nun das Wort Beat Schmitter. Die Ratsmitglieder wüssten vielleicht noch nicht, um wen es sich handle und er wolle die Spannung aufrecht erhalten.

Beat Schmitter (FDP) erklärt, Hannes Treier habe heute seinen letzten Auftritt im GGR. Alle hätten ihn kennen und schätzen gelernt, weshalb er darauf verzichte, all seine bisherigen politischen Stationen im Detail aufzuzählen. Nur so viel: Er habe seine Arbeitskraft in unzähligen Gremien der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Umweltschutzkommission, GPK, GGR – er sei auch Präsident des GGR gewesen –, Autobahnkommission, Regionalkommission, Parteipräsident, Wahlkampfleiter; dies seien nur ein paar Elemente aus einer sicher nicht vollständigen Liste. Man habe Hannes Treier kennen gelernt durch seine sachliche, zielorientierte und pragmatische Art und er habe alle stets sehr beeindruckt. Die FDP bedaure seinen Rücktritt – verstehe ihn aber – und sie werde ihn vermissen. Er danke Hannes Treier im Namen aller bestens für die geleisteten Dienste, wünsche ihm für die Zukunft alles Gute und hoffe, dass er ihnen doch noch in der einen oder anderen Funktion erhalten bleibe.

Hannes Treier (FDP) bedankt sich für die sehr netten Worte und den wunderbaren Blumenstrauss. Er sei nun tatsächlich seit bald 12 Jahren im Parlament und es sei an der Zeit, zu gehen. Er danke allen ganz herzlich für die immer gute Zusammenarbeit. Manchmal sei man sich vielleicht nicht ganz einig gewesen, aber das Parlament lebe ja eigentlich von einer guten Debatte und einem respektvollen Austausch von Ideen. Er sei schon lange in der Dorfpolitik, sie habe ihm immer Spass gemacht und sie werde ihm auch in Zukunft Spass machen; er verfolge sie jetzt dann halt etwas mehr aus der LoNa. Für ihn sei Dorfpolitik nie etwas gewesen, wo er das Gefühl gehabt habe, er opfere sich für irgendetwas, sondern sie sei immer ein Engagement für die Zivilgesellschaft gewesen. Das Schöne an der Dorfpolitik sei, dass sie relativ nah sei. Im Gegensatz zu kantonaler oder eidgenössischer Politik sei das, was man in der Dorfpolitik mache, lebensnah, es betreffe einen selber, oder die Kinder, oder die Nachbarn. Als schönes Beispiel komme ihm in den Sinn, wie das Parlament vor Jahren darüber diskutiert habe, ob für die Schule Doppeltische oder Einzeltische zu beschaffen seien. Nach leidenschaftlichsten Diskussionen sei darüber abgestimmt worden. Zu Hause habe er seine Tochter gefragt, ob sie eigentlich lieber Doppeltische oder Einzeltische hätte. Sie habe dann perfekte Argumente gebracht für das, was das Parlament nicht beschlossen habe. Also, es sei einfach lebensnah. Er sei nicht einer gewesen, der viele Vorstösse eingereicht habe in seiner Karriere. Er habe maximal 5 Vorstösse eingereicht, davon hätten 2 die Autobahn A6 betroffen. Hier sei man noch nicht ganz am Ziel, aber er denke, es zeichne sich eine realistische Lösung ab, auch wenn diese vielleicht erst in 15-20 Jahren umgesetzt werden könne. Den letzten Beitrag, den er zum parlamentarischen Geschehen leisten könne: Das letzte Mal habe eine grosse Debatte über Frauenquoten und Perlenfraktion stattgefunden und sein Beitrag sei, dass die Perlenfraktion wieder wachsen werde, da Bettina Legler seinen Sitz übernehme. Er wünsche allen weiterhin gute

Debatten und weise Entscheidungen – er finde, der Rat habe heute Abend eine gute Debatte gehabt, die in einen weisen Entscheid gemündet sei – und viel Freude.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Martin Humm

Anni Koch